

Die Berliner Flughafen-Affäre zeigt: Je mehr die Politik sich auf das optimistische Ankündigen spezialisiert, umso weniger bringt sie zustande

Hurra, wir eröffnen!

2. Januar 2013, Gerd Held

Der Betriebsbeginn des neuen Flughafens für die deutsche Hauptstadt ist auf unbestimmte Zeit vertagt. Es ist gerade diese Unbestimmtheit, die fassungslos und zornig macht. Wäre hier nur ein einzelnes Unglück geschehen, mit einer Fehlerquelle, die isoliert und bereinigt werden kann, dann würde man mit Recht bald wieder zur Tagesordnung übergehen. Aber nach sechs Jahren Bauzeit befinden wir uns auf einmal in einer völlig nebulösen Situation, in einer Art Niemandsland. Kein Verantwortlicher kann sagen, wie der Stand auf dieser Baustelle ist. Einer Baustelle, die durchaus als Prüfstein für die politische Kompetenz unseres Landes und für das Made-in-Germany gelten kann. Natürlich neigt man zunächst dazu, hier ein individuelles Versagen zu vermuten und die Sache mit einem Personalwechsel zu erledigen. Aber diese Affäre ist so weitverzweigt und blind in ihrem ganzen Ablauf, dass zu einem tieferen Zweifel Anlass gibt: Ist unser Staat in seiner heutigen Aufstellung überhaupt realitätstüchtig? Befasst sich die Politik wirklich mit den richtigen Dingen?

Es ist zunächst die Art und Weise, wie dies Projekt immer undurchschaubarer geworden ist, die diesen Zweifel nährt. Viermal war die Eröffnung schon verschoben worden und jedes Mal wurde wieder mit höchster Gewissheit versichert, dass es nun „auf jeden Fall“ klappt. Nicht, dass hier besonders gewiefte Taktiker sprachen, die es längst besser wussten. Nein, es ist schlimmer: Aufsichtsrat und Geschäftsführung hatten vom realen Geschehen auf der Baustelle offenbar wirklich keine Ahnung. Inzwischen wurde auch bekannt, dass abweichend von ausdrücklich vorliegenden Vorgaben gebaut wurde. Offenbar gingen die Akteure vor Ort davon aus, dass Abweichungen irgendwie durchgewinkt werden. Wozu aber braucht man eine staatliche Hoheit, wenn diese nicht in der Lage ist, Fehlhandlungen zu entdecken und zu korrigieren? Es war eine politische Entscheidung, den Flughafen in eigener Regie und ohne Generalunternehmer zu bauen. Doch zur politischen Chefsache ist das Großprojekt nie geworden, auch nicht, als die ersten Verschiebungen der Eröffnung schon auf massive Probleme hindeuteten. Es ist diese Diskrepanz zwischen einem in höchsten Tönen deklarierten Führungsanspruch der Politik und einer erbärmlichen Realität, die den Verdacht nahelegen, dass hier eine generelle Schiefelage unserer politischen Kultur zum Ausdruck kommt. Solche Fehler, über so lange Zeit, ohne nennenswerte Gegenbewegung in Politik und Verwaltung – das kann gar kein isoliertes Einzelereignis sein.

Es sind aber auch andere Baustellen, nicht nur Bauprojekte im engeren Sinn, die Zweifel an der Realitätstüchtigkeit unseres Staatswesens nähren. Auf den verschiedensten Politikfeldern begegnet man heute atemberaubenden Diskrepanzen zwischen der Verkündung „historischer“ Umgestaltungen und einer ausgeprägten Scheu, sich in die Niederungen der Durchsetzung zu begeben. Da sind gerade einmal 1% der geplanten Elektroautos im Verkehr, aber der zuständige Minister erklärte mit edler Miene, er sehe keinen Anlass, die Planziele zu korrigieren. Man brauche „ambitiöse Ziele“, hieß es, und das ist exakt jener politische Neu-

sprech, mit dem auch Wowereit seine Flughafen-Eröffnungen ansagte. „Ambitiös“ erscheint in solcher Rede immer der Politiker, auch wenn sein Ehrgeiz sich auf das Ankündigen beschränkt. Hauptsache, er steht als derjenige da, der das Beste will. Wenn es scheitert, ist es das Problem der Anderen. Nach den Berliner Erfahrungen kann man diesen politischen Kniff den „Eröffnungstrick“ nennen: Ich mache mit felsenfester Stimme eine Zielansage und nehme, allerdings nur in vorausseilender Ankündigung, ein optimistisches Zukunftswerk in Betrieb – für alle folgenden, in der Regel härteren Realitäten bin ich nicht mehr haftbar. Was für große Eröffnungen haben wir in letzter Zeit nicht alles erlebt: Da gab es die Energiewende, die - mit der Weihe einer Ethikkommission – eingeläutet wurde und mit der nun Industriebetriebe, Haushalte und Versorgungsunternehmen fertig werden sollen. Oder die Schulreformen unter dem schillernden Leitstern „gemeinsam lernen“, bei denen die Lehrer bis heute nicht wissen, wie sie den unterschiedlichen Schülern gerecht werden sollen. Und vielleicht eröffnen wir schon bald die Mindestlohn-Wirtschaft: Wer dann in seiner Branche keinen Arbeitgeber für die schönen, höheren Lohnbeträge findet, hat halt Pech gehabt.

In der jüngeren Vergangenheit hat die Auffassung immer mehr die Oberhand gewonnen, in der Politik ginge es vor allem um „Kommunikation“. Politik würde daran scheitern, dass sie ihre Vorhaben und Maßnahme nicht richtig kommuniziere. Die Vorhaben und Maßnahmen selber, ihre Durchsetzung und überhaupt ihre Realitätstauglichkeit, seien nicht das Problem. Entsprechend veränderten sich das Auftreten und die Auswahl des Führungspersonals. Auch in den Ministerien verloren die operativen Stäbe an Einfluss. Für Fragen der Umsetzung musste externe Experten herangezogen werden. Die Politik wurde immer mehr vom Politikmarketing besetzt. Sie zog sich auf das „Zeichen setzen“ zurück. Die Flughafenaffäre zeigt, wohin diese Verlagerung unserer politischen Kultur führen kann. Je mehr der politische Betrieb sich auf das Kommunizieren konzentriert, umso weniger setzt er durch. Es kann sogar zum völligen Realitätsverlust kommen. Der kaum glaubliche Berliner Blindflug ist ein Menektekel. Nun zeigt sich an einem konkreten Fall, in welches Niemandsland der Trend, die Kernkompetenzen und Hoheitsaufgaben des Staates zu vernachlässigen, führen kann. Unser Staatswesen darf sich nicht auf das Symbolische zurückziehen. Wenn er es tut, wird früher oder später von den Folgen eingeholt. Verantwortungsethik hält doch besser als Ankündigungsethik.

Im Hinblick auf das kommende Wahljahr hatte mancher Stratege vielleicht angenommen, dass hier die besten Ankündiger die Gewinner sein werden. Er muss nun damit rechnen, dass das Publikum bei den großen, optimistischen Zukunfts-Eröffnern genauer hinhören wird. Insofern kommt das Berliner Flughafentheater zur rechten Zeit.

(Manuskript vom 2.1.2013, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 9.1.2013)